



Ausgabe November 2010



Dr. E.H. Fritz Brickwedde

>>Das aktuelle Gespräch<< *Licht und Schatten der deutschen Geschichte*

Am 3. Oktober 2010 haben wir den 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung gefeiert. Die friedliche Wiedervereinigung ist für alle Deutschen ein historischer Glücksfall. Deshalb hat die CDU-Fraktion beantragt, dass auch in Osnabrück ein zentraler Platz namentlich an die Einheit aller Deutschen erinnern soll. Der Platz der Deutschen Einheit soll an diesen glücklichen Moment in der deutschen Geschichte erinnern und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und unseres Landes fördern. Je stärker der innere Zusammenhalt ist, desto besser können Herausforderungen von außen bestanden werden. Der Rat der Stadt Osnabrück hat dem Antrag der CDU zugestimmt, den Theaterplatz Platz der Deutschen Einheit zu nennen – dagegen gestimmt haben Grüne und Linkspartei.

Einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung leistet auch die Overbergschule, die ihr 100jähriges Bestehen feiern kann. Während des zweiten Weltkrieges war in der Overbergschule in den Jahren 1942/43 ein Gefangenenerlager als Außenstelle des KZ Neuengamme untergebracht. Die Schule will sich über die Gräueltaten, aber auch über die unter eigener Lebensgefahr erbrachte Hilfe von Nachbarn für die Gefangenen in diesem Unterrichtsprojekt pädagogisch auseinandersetzen. Dazu werden auch die letzten noch lebenden Zeitzeugen, ein ehemaliger Gefangener und ein ehemaliger „illegaler“ Helfer in die Schule kommen.

Aufarbeitung der Geschichte und Erinnerung - die Overbergschule will mit den genannten Aktivitäten ihren Schülerinnen und Schülern Werte vermitteln wie Menschenwürde, Toleranz, Menschlichkeit und Zivilcourage. Deshalb unterstützen wir dieses Projekt ausdrücklich.

Rot-Rot-Grün ist unsozial und schadet der Stadt

In der vergangenen Ratssitzung hat sich deutlich gezeigt, wie unsozial die politischen Entscheidungen einer rot-rot-grünen Mehrheit im Rat der Stadt Osnabrück ausfallen. Mit der bereits zu Beginn des Jahres eingebrachten Forderung nach einer sog. „Kulturförderabgabe“ haben SPD und Grüne zusammen mit dem Vertreter der Linkspartei jetzt eine zusätzliche Abgabe auf Übernachtungen beschlossen. Diese trifft aber nicht nur Kulturinteressierte oder Geschäftsreisende, sondern auch jeden Rucksacktourist, der mit seinem eigenen Zelt auf einem Osnabrücker Campingplatz in Osnabrück nächtigt. Werbung um Kulturtourismus für unsere Stadt Osnabrück sieht unserer Ansicht nach aber anders aus.

Vielmehr noch trifft es aber zukünftig die Teilnehmer von Klassenfahrten und Jugendfreizeiten, die für jede Nacht in der Osnabrücker Jugendherberge zahlen sollen. Hier werden gerade unsere Kinder und Jugendlichen geschöpft und damit letztlich gerade auch einkommensschwache Familien zusätzlich belastet. Schon heute gibt es an vielen Schulen Fördervereine und Hilfsfonds, die auch finanziell benachteiligten Schülern die Teilnahme an Klassenfahrten ermöglichen helfen. Dieses soziale Engagement wird nun von Rot-Rot-Grün bestraft, indem auf dem Rücken der Kinder und Familien eine Sanierung der städtischen Finanzen erfolgen soll. Auch hier zeigt sich, wie richtig und sozial eine solide Haushaltspolitik ist. Die CDU-Fraktion hat sich klar gegen diese Art von „Abzocke“ der Bürger ausgesprochen und die Abgabe im Rat abgelehnt.

CDU steht für entschiedene Weiterentwicklung der ehemaligen Kasernenflächen am Limberg

„Wir müssen die Neunutzung des Kasernengeländes am Limberg als Chance sehen, um neue Gewerbegebiete und Wohngebiete ansiedeln zu können“, so Anette Meyer zu Strohen (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt.

„Die Bedenken einzelner Bürger seien zwar verständlich, so Katharina Pötter (CDU), denn es sei ein weiteres Gewerbegebiet am nördlichen Teil des Geländes vorgesehen, das aber so geplant werde, dass es keinerlei Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anwohner und der Hausbesitzer habe“, so Pötter weiter.

„Ganz im Gegenteil, durch das neue Rahmenprogramm öffnet sich die Möglichkeit, den „Grünen Finger“ in der Dodesheide weiter zu vergrößern, um somit die Lebensqualität aller Bürger in diesem Stadtteil zu verbessern“, so Meyer zu Strohen.

Die CDU- Ratsfraktion wird sich deshalb auch weiterhin konsequent für eine Umsetzung dieses Rahmenplans einsetzen und für eine positive Stadtentwicklung verantwortlich handeln.

Themen der nächsten Ratssitzung

Auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 16. November 2011 steht auch die Entscheidung über die **Zukunft der Schlosswallhalle** an. Im Rahmen einer Begehung der Sportstätten haben sich die CDU-Mitglieder im Schul- und Sportausschuss ein detailliertes Bild von den notwendigen Sanierungsmaßnahmen an Osnabrücker Sporthallen gemacht und daraus eine Prioritätenliste erarbeitet. An oberster Stelle steht der schon mehrfach verschobene Ersatz der Sporthalle des Carolinums. Angesichts der aktuellen Entwicklung der Schlosswallhalle wird sich die CDU-Fraktion dafür einsetzen, den **Neubau der Sporthalle am Carolinum** schnellstmöglich aufzunehmen. Am Standort Schlosswall muss für das Ratsgymnasium eine adäquate Sporthalle geschaffen werden. Darüber hinaus gehende Planungen für eine Großveranstaltungshalle lehnen wir angesichts der aktuellen Haushaltslage ab. Auf Antrag der CDU soll auch über eine Beratung der Stellenpläne der jeweiligen Eigenbetriebe der Stadt Osnabrück im Organisations- und Personalausschuss entschieden werden. Ziel ist eine Beratung über alle haushaltswirksamen Stellenpläne. Hier kann auch in größerem Zusammenhang die gesamte **Personalstruktur mit den Vertretern der Beschäftigten** der Stadt Osnabrück inklusive ihrer Eigenbetriebe diskutiert werden.